

ePub^{WU} Institutional Repository

Stefan Angel and Marina Einböck and Karin Heitzmann and Ursula Till-Tentschert

Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008

Article (Published)
(Refereed)

Original Citation:

Angel, Stefan and Einböck, Marina and Heitzmann, Karin and Till-Tentschert, Ursula (2009) Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. *Statistische Nachrichten*, 2009 (12). pp. 1104-1116. ISSN 0029-9960

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/5737/>

Available in ePub^{WU}: September 2017

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

This document is the publisher-created published version. It is a verbatim copy of the publisher version.

Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte

STEFAN ANGEL¹⁾
MARINA EINBÖCK¹⁾
KARIN HEITZMANN¹⁾
URSULA TILL-TENTSCHERT

Ergebnisse aus EU-SILC 2008

Im Jahr 2008 war das Sondermodul der EU-SILC-Erhebung den Themen der Überschuldung und finanziellen Ausgrenzung gewidmet. In diesem Beitrag werden Kernergebnisse zu den Bereichen Verschuldung, finanzielle Schwierigkeiten, Zahlungsrückstände sowie zur finanziellen Exklusion zusammengefasst. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht ein Vergleich der Verbreitung dieser Phänomene innerhalb ausgewählter sozioökonomischer und soziodemographischer Gruppen in österreichischen Privathaushalten. Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten, wobei Verschuldung für Wohnraum die dominierende Kreditform darstellt. Die Häufigkeit von Verschuldung nimmt mit dem Alter ab und erhöht sich mit steigendem Einkommen. Überdurchschnittlich oft verschuldet sind zudem Mehrpersonenhaushalte mit Kindern. Überschuldung wird durch das Vorhandensein von Zahlungsrückständen operationalisiert; eine Problematik, die immerhin auf 9% der österreichischen Bevölkerung in Privathaushalten zutrifft. Überproportional betroffen sind dabei jüngere Personengruppen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern, Drittstaatsangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (inklusive armutsgefährdeter und manifest armer Menschen). Letztere sind im Hinblick auf ihr aktuelles Einkommen auch mit einem überproportional hohen Anteil von Rückständen an ihrem Haushaltseinkommen überschuldet. Von einem erschwerten Zugang zu finanziellen Basisdienstleistungen wie einem Konto, einer Versicherung und einem einfachen Kredit sind in Österreich vor allem ältere Personen, Personen mit einem geringen Einkommen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betroffen. Insgesamt gaben 2008 hochgerechnet 2% der Bevölkerung Österreichs an, im Haushalt über kein Bankkonto zu verfügen.

Einleitung

Im Rahmen von EU-SILC²⁾ werden seit 2003 Basisinformationen zur Verschuldung österreichischer Privathaushalte erhoben. Die bisherigen Fragenprogramme fokussierten auf Zahlungsrückstände und laufende Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder Konsum. Mittels umfangreicherer Daten aus dem EU-SILC-Sondermodul 2008 „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ ist erstmals eine differenzierte Analyse zur Verschuldung österreichischer Haushalte auf Basis von Mikrodaten möglich.³⁾

Darüber hinaus wurden die bisherigen Fragen zur monetären und non-monetären Benachteiligung um die Dimension der finanziellen Exklusion erweitert. Die entsprechenden Variablen wurden alle auf der Haushaltsebene erhoben und beziehen sich hochgerechnet auf die Bevölkerung in Privathaushalten bzw. auf Privathaushalte in Österreich.⁴⁾

Verschuldung hat mit der Entwicklung des Kapitalismus stark an Bedeutung gewonnen und ist Teil des ökonomischen Handlungsrepertoires von Privathaushalten. Dabei kann Verschuldung eine geplante bzw. rationale Entscheidung sein - beispielsweise um Konsum vorzuziehen - oder auch ungewollt auftreten. Aufgrund der Mehrdimensionalität und Interdisziplinarität des Themas existiert eine Vielzahl von Definitionen für Ver- und Überschuldung. Eine umfangreiche Zusammenstellung findet sich in *Korczak (2003)*.

¹⁾ Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien.

²⁾ EU-SILC steht für Statistics on Income and Living Conditions und ist eine EU-weit durchgeführte Statistik, die in Österreich seit 2003 jährlich von der STATISTIK AUSTRIA durchgeführt wird. Weiterführende Informationen zu EU-SILC sowie aktuelle Ergebnisse können der Studie „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2008“ in der sozialpolitischen Studienreihe des BMASK (2009, Band 2) entnommen werden. Sie beinhaltet auch eine gekürzte Version dieses Artikels. Ausführliche Tabellen zum Sondermodul Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung 2008 sind im ergänzenden Tabellenband enthalten.

³⁾ Weitere empirische Studien zur Privatverschuldung in Österreich auf Basis von Mikrodaten wurden u.a. von Böhm (1987), Schönbauer (1990), Brandner/Mooslechner (1992) und Beer/Schürz (2007) durchgeführt.

⁴⁾ Eine genaue Beschreibung von Stichprobe, Hochrechnung und Erhebungsmethodik kann dem Bericht „Methoden und Vergleiche - EU-SILC 2008“ entnommen werden. Abrufbar unter www.statistik.at > Statistiken > Soziales > Armut und soziale Eingliederung.

Im Rahmen einer haushaltsökonomischen Zugangsweise zur Definition von **Verschuldung** liegt der Fokus auf dem Haushalt selbst, ohne die soziale Einbettung zu berücksichtigen. Verschuldung liegt demnach vor, „wenn ein Haushalt Schulden hat“ (*Streuli 2003, S. 294*). Der angestrebte Lebensstil bzw. die Begleichung von Zwangsausgaben (Steuern, Miete etc.) werden in Ermangelung eigener finanzieller Mittel vorübergehend mit fremdem Geld finanziert, unabhängig davon ob dies für die Haushalte problematisch ist oder nicht (*Streuli 2003*). „Schulden“ sind somit die „Verpflichtung zur Zahlung eines Geldbetrags, den man sich zuvor ausgeliehen hat.“ (*ASB 2007, S. 6*). Ähnlich definiert Reiter Schulden als „Geldverbindlichkeiten [...], die einem privaten Haushalt entstehen können“ (*Reiter 1991, S. 24*). Bei diesen einfachen Definitionen wird aber nicht unterschieden, gegenüber welchen Akteuren oder Institutionen Schulden aufgenommen werden. In Bezug auf den Zweck der Verschuldung kann darüber hinaus zwischen „Primäverschuldung“, welche für die Aufrechterhaltung des Haushalts dient (z.B. Miet- und Energieschulden) und „Sekundärschulden“, die sich auf alle anderen Verpflichtungen beziehen, differenziert werden (*Groth 1988 nach: Reiter 1991, S. 25*).

Ein logischer Unterbegriff von Verschuldung ist **Überschuldung**, womit grundsätzlich eine problematische Verschuldungssituation bezeichnet werden kann, die eine finanzielle Belastung eines Akteurs oder Haushalts bedeutet. Im Zentrum vorhandener Definitionen zur Überschuldung steht der Aspekt der Liquidität (*Streuli 2003*). Überschuldung meint dann, „dass der monatlich verbleibende freie Einkommensrest geringer ist als die zur Begleichung der monatlichen Verbindlichkeiten notwendige Summe“ (*Backert 2001, S. 243*). Als „freier Einkommensrest“ kann das Residuum bezeichnet werden, das verbleibt, wenn vom Haushaltseinkommen die Ausgaben für die fixen Lebenshaltungskosten (Miete, Energie, Versicherungen, Auto und die je nach Haushaltgröße unterschiedlichen Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel) abgezogen werden (*Groth 1986 nach: Streuli 2003; Schönbauer 1990; Koch/Reis 1987*). Eine Folge bzw. ein weiteres Merkmal der Überschuldung sind Zahlungsrückstände (*ASB 2007; European Commission 2008a*). *Korczak* schlägt auf Basis einer umfassenden Literaturrecherche drei verschiedene Definitionen von Überschuldung vor. „Subjektive Überschuldung ist dann gegeben, wenn sich eine Person psychisch und finanziell überfordert fühlt, Schulden zurückzuzahlen. Relative Überschuldung ist dann gegeben, wenn trotz Reduzierung des Lebensstils der Einkommensrest nach Abzug der Lebenshaltungskosten (Miete, Energie, Versicherung, Grundnahrungsmittel, ÖPNV, Telefon, Kleidung etc.) nicht zur fristgerechten Schuldentilgung ausreicht. „Absolute Überschuldung (Insolvenz) liegt vor, wenn das Einkommen und Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr decken“ (*Korczak 2003, S. 26*). Voraussetzung für die Eröffnung eines Privat-

konkursverfahrens in Österreich ist die „Zahlungsunfähigkeit“ eines Schuldners bzw. einer Schuldnerin.⁵⁾

Mittels des EU-SILC-Sondermoduls 2008 kann über die Erhebung von (i) Zahlungsrückständen eine objektiv-quantitative und mittels der Variablen zu den (ii) finanziellen Schwierigkeiten und zur finanziellen Belastung eine subjektive, d.h. der Perspektive des Individuums entsprechende, Operationalisierung von Überschuldung angewendet werden. Für die erstere Variante steht der von *Streuli (2003)* betonte Aspekt der Liquidität als wesentliches Abgrenzungskriterium zur Verschuldung im Vordergrund. Überschuldung bezieht sich dann auf eine Situation, in der ausstehende Verbindlichkeiten nicht fristgerecht bezahlt werden können. Auch wenn Zahlungsrückstände einen relativ „weichen“ Indikator für Überschuldung darstellen, berücksichtigt diese Variante „externe“ Konsequenzen von Überschuldung, da eine nicht-fristgerechte Begleichung von Schulden in der Regel zu Interventionen auf Seiten der „Gläubiger“ führt. Zahlungsstörungen können zudem Indikatoren für den Übergang von unproblematischer Verschuldung in die Anfangsphase eines Überschuldungsprozesses sein, bei dem noch keine institutionelle Beratung in Anspruch genommen wurde bzw. keine Schuldenregulierung auf Basis gesetzlicher Verfahren (z.B. Privatkonkurs) eingeleitet wurde (*Zimmermann 2007*). Die Aussagekraft von subjektiven Variablen kann mit der Annahme argumentiert werden, dass Haushalte ihren laufenden Schuldenstand mit dem laufenden verfügbaren Einkommen und Vermögen vergleichen und daraus ihre Überschuldungssituation definieren (*Betti et al. 2007*).

Die Angaben im Kapitel zu Verschuldung beziehen sich zunächst auf Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten. Gemäß den oben angeführten Konzepten von Verschuldung gelten jedoch auch Personen mit Zahlungsrückständen als verschuldet. Als „Schuldner/-innen“ werden deshalb darauffolgend (*siehe „Finanzielle Schwierigkeiten“*) erstens Personen bzw. Haushalte mit Kreditverbindlichkeiten und zweitens zusätzlich Personen bzw. Haushalte ohne Kreditverbindlichkeiten aber mit Zahlungsrückständen bezeichnet (*siehe „Definitionen“ am Ende dieses Beitrags*).

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass mit EU-SILC die Bestandsgröße des Vermögens nicht erhoben wird, sondern nur die aus dem Vermögen erwachsenden Einkommen (Dividenden, Zinsen etc.). Aussagen über das Nettovermögen (Schulden - Vermögen) und damit über das Reservepotential der Haushalte, Schulden zu begleichen, sind dadurch de facto kaum möglich. Unter der Annahme, dass Haushalte ihren laufenden Schuldenstand

⁵⁾ Zahlungsunfähigkeit ist gegeben, wenn der Schuldner/die Schuldnerin seine/ihre fälligen Schulden nicht in angemessener Zeit bezahlen kann. Insbesondere, wenn nach der Verwertung sämtlichen Vermögens und neben der Abdeckung der Fixkosten des/der Verschuldeten die gesamten Schulden nicht innerhalb von sieben Jahren beglichen werden können (vgl. http://www.privatkonkurs.at/content/pk_vorraussetzungen.php, 15.9.2009).

mit dem laufenden Einkommen und Vermögen verglichen, können die Fragen zur subjektiven Belastung durch Rückzahlungsverpflichtungen sowie zu finanziellen Schwierigkeiten jedoch zumindest als Proxy-Variablen für die Beurteilung dieses Reservepotential herangezogen werden.

Verschuldung

Insgesamt waren im Jahr 2008 38% der Haushalte verschuldet, bzw. lebten 46% der Wohnbevölkerung in verschuldeten Haushalten (Tabelle 1). Verschuldung bezieht sich hierbei auf das Vorhandensein von entweder Kreditverbindlichkeiten für Wohnraum oder von sonstigen Rückzahlungsverpflichtungen („Konsum“). Werden auch jene Haushalte inkludiert, in denen zumindest ein Mitglied sein Konto überzogen hat, erhöht sich der Anteil der Personen in verschuldeten Haushalten auf 51%. Am häufigsten verbreitet sind Kreditschulden für Eigentum. 48% der Bewohner und Bewohnerinnen von eigenen Häusern bzw. Eigentumswohnungen (entspricht 30% der gesamten Wohnbevölkerung) leben in Haushalten mit laufenden Krediten für diesen Wohnraum. Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass die Hälfte der Personen mit Eigentum ihren Wohnraum mit Fremdkapital finanziert. Die zweithäufigste bzw. dritthäufigste Form der Verschuldung stellen Konsumkredite mit einem Anteil von 19% der Wohnbevölkerung und Kontokorrentkredite (Kontoüberziehung) mit einem Anteil von 18% dar. Auch für die Finanzierung (Schaffung/Sanierung) von Mietwohnungen mussten 11% der Mieter und Mieterinnen Kredite aufnehmen, was 4% der gesamten Wohnbevölkerung entspricht.

Innerhalb der Gruppe der Verschuldeten kann zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Kombinationen von Kreditverbindlichkeiten differenziert werden. Eine Kombination mehrerer unterschiedlicher Kreditarten tritt bei insgesamt 31% der verschuldeten Haushalte auf, wobei 6%

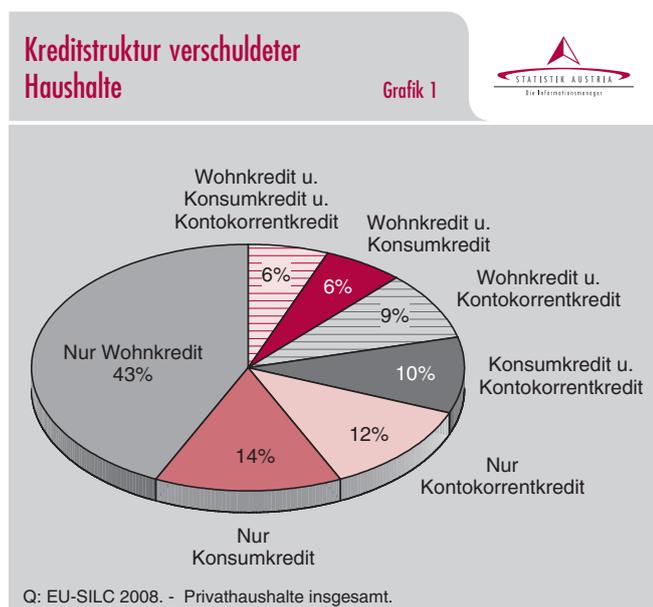
gleichzeitig sowohl Wohnkredite, Konsumkredite und Kontokorrentkredite aufweisen (Grafik 1).

Eine Aufschlüsselung der Verschuldungshäufigkeit für spezifische sozioökonomische und soziodemographische Gruppen liefert Hinweise für inhaltliche Zusammenhänge und bedingte Verschuldungswahrscheinlichkeiten (Tabelle 1). Die Verbreitung von Verschuldung bei bestimmten Gruppen spiegelt einerseits den Liquiditätsbedarf, aber andererseits auch den Zugang zu Kreditinstrumenten wider.

In der ökonomischen Theorie wurden in den in den 1950er- und 1960er-Jahren grundlegende mikroökonomische Modelle zur Erklärung von Verschuldung entwickelt (Ando/Modigliani 1963, S. 56). Gemäß der Lebenszyklushypothese (LCH) ist der ökonomische Nutzen eines rational kalkulierenden Individuums eine Funktion seines aggregierten Konsums in gegenwärtigen und zukünftigen Perioden. Es maximiert seinen Nutzen unter Berücksichtigung der Summe seiner gegenwärtigen und diskontierten erwarteten zukünftigen Einkünfte sowie seines gegenwärtigen Nettovermögens (Gesamtvermögen minus Verbindlichkeiten; vgl. Modigliani 1986, S. 299). Wer mit Mehreinkünften oder (gleichbleibend) hohem Einkommen rechnet, steht deshalb der Aufnahme von Geldverbindlichkeiten offener gegenüber (Schmölders 1982, S. 119). Der gegenwärtige Konsum kann somit als eine Funktion dieser Einkünfte und der Ertragsrate des Kapitals ausgedrückt werden. Aus dem LCH-Modell kann abgeleitet werden, dass in Zeiten, in denen das Einkommen in Bezug auf das Durchschnittseinkommen des gesamten Lebenszyklus gering ist, der aktuelle Konsum mit Krediten finanziert wird. Diese Kredite werden zurückgezahlt, wenn das Einkommen im Vergleich zum gesamten Durchschnittseinkommen wieder höher ist. Weil das laufende Einkommen zumeist mit fortschreitender Dauer der (Erwerbs-)Lebenszeit ansteigt, ist eine hohe Verschuldung im Verhältnis zum Einkommen zumeist in jüngeren Jahren zu erwarten (Ando/Modigliani 1963, S. 56). Im fortgeschrittenen Alter bzw. nach der Erwerbsphase kommt es zu einer Deakkumulierung des angesparten Vermögens (Debelle 2004, S. 62).

Tabelle 1 veranschaulicht, dass der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit dem Lebensalter abnimmt.⁶⁾ Darüber hinaus ist auch der Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten mit Pension deutlich geringer als in Haushalten ohne Pension. 52% bzw. 57% (inkl. Kontokorrentkredit) der 20- bis 39-Jährigen lebten 2008 in Haus-

⁶⁾ Dies ist ein Indiz für die LCH. Da es sich bei EU-SILC 2008 um eine Querschnittserhebung handelt, sind Kohorteneffekte allerdings nicht auszuschließen. Z.B. könnten aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen der Kreditvergabe (breiter strukturiertes Angebot, ausgeweiteter Zugang) Personen aus jüngeren Generationen allgemein eine höhere Bereitschaft bzw. Notwendigkeit zur Aufnahme von Kreditverbindlichkeiten aufweisen als Mitglieder älterer Generationen.



halten mit Kreditverbindlichkeiten, während dies nur auf 15% der Personen im Alter von 65 und darüber zutraf. Eine Diskrepanz zeigte sich vor allem bei den Krediten für Eigentum: Der Unterschied beim relativen Anteil von Personen in verschuldeten Haushalten an der Wohnbevölkerung zwischen der jüngsten (jünger als 19 Jahre) und der ältesten Bevölkerungsgruppe (65 Jahre und älter) betrug bei Kreditverbindlichkeiten für Eigentum 53 Prozentpunkte und bei Konsumkrediten 19 Prozentpunkte.

Table 1 weist für die niedrigen Einkommensgruppen⁷⁾ mit 28% eine geringere Verbreitung von Krediten (ohne Kontoüberziehung) aus als für mittlere bzw. hohe Einkommensgruppen, von denen 48% bzw. 50% Kreditverbindlichkeiten aufnahmen. Andererseits kommt es bei den niedrigen Ein-

⁷⁾ Personen mit einem Äquivalenzeinkommen <60% des Medians der Äquivalenzeinkommensverteilung. Siehe auch Definitionen am Ende des Beitrags.

kommensgruppen bzw. Armutsgefährdeten⁸⁾ mit 23% häufiger zu Kontoüberziehungen als bei Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (13%), deren Äquivalenzeinkommen bei mehr als 180% des Medians liegt. Im Rahmen der Lebenszyklushypothese können diese Unterschiede zum einen darauf zurückgeführt werden, dass Haushalte bzw. Personen mit niedrigen Einkommen weniger stark mit zukünftigen Mehreinkünften rechnen und deshalb weniger häufig zur Verschuldung neigen. Zweitens spiegelt die geringere Häufigkeit bei den niedrigen Einkommensgruppen möglicherweise Restriktionen bei der Vergabe von Krediten wider. Eine Aufschlüsselung nach den Kreditformen zeigt, dass die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen vor allem bei den Wohnraumverbindlichkeiten auftreten, wohingegen die Unterschiede bei den Konsumkrediten gering ausfallen. Eine häufigere Verschuldung bei den hohen Ein-

⁸⁾ Siehe Definitionen am Ende des Beitrags.

Kreditverbindlichkeiten von Personen in Privathaushalten 2008

Table 1



Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale *)	Gesamt (=100%)	Personen in Haushalten mit ...											
		Kredit		Kredit inkl. Kontoüberziehung		Kredit für Eigentum ¹⁾		Kredit für Mietwohnung ²⁾		Konsumkredit		Kontoüberzogen ³⁾	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	3.778	46	4.197	51	2.483	48	325	11	1.552	19	1.509	18
Alter													
Bis 19 Jahre	1.816	1.118	62	1.214	67	743	67	111	16	455	25	450	25
20 bis 39 Jahre	2.153	1.114	52	1.228	57	675	57	112	11	502	23	464	22
40 bis 64 Jahre	2.897	1.337	46	1.502	52	921	48	86	9	529	18	513	18
65 Jahre und älter	1.376	209	15	253	18	145	14	(16)	(5)	66	5	82	6
Staatsbürgerschaft													
Österreich	7.367	3.401	46	3.742	51	2.362	47	271	11	1.298	18	1.268	17
Darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	115	44	147	56	47	62	18	9	71	27	87	33
Nicht Österreich	874	377	43	455	52	121	57	54	8	254	29	241	28
EU/EFTA	270	117	43	135	50	53	53	27	16	55	20	57	21
Sonstiges Ausland	604	260	43	320	53	68	61	27	6	200	33	185	31
Haushaltstyp													
Haushalte mit Pension	1.640	270	16	321	20	195	16	25	6	77	5	93	6
Alleinlebend männlich	128	16	13	21	17	(7)	(9)	(3)	(5)	(8)	(6)	(8)	(7)
Alleinlebend weiblich	415	39	10	57	14	24	10	(5)	(3)	(12)	(3)	25	6
Mehrpersonenhaushalte	1.096	214	20	243	22	164	19	(18)	(7)	58	5	59	5
Haushalte ohne Pension	6.602	3.508	53	3.876	59	2.289	57	300	12	1.475	22	1.416	21
Alleinlebend männlich	412	158	38	186	45	71	47	(13)	(5)	86	21	74	18
Alleinlebend weiblich	305	86	28	104	34	45	42	16	8	31	10	42	14
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	1.957	867	44	987	50	555	43	52	8	400	20	372	19
Haushalte mit Kindern	3.927	2.397	61	2.599	66	1.617	65	219	15	958	24	928	24
Ein-Eltern-Haushalte	320	152	47	181	57	77	64	30	15	60	19	87	27
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	1.351	794	59	874	65	539	61	70	15	325	24	316	23
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	1.502	1.000	67	1.048	70	715	68	74	16	373	25	320	21
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	754	452	60	495	66	287	66	45	14	201	27	205	27
Einkommensgruppen													
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	289	28	412	40	122	27	30	5	163	16	239	23
Mittel	6.474	3.116	48	3.397	52	2.085	50	277	12	1.252	19	1.172	18
Hoch	749	373	50	387	52	276	50	18	9	137	18	98	13
Armutslagen													
Kein Mangel	6.076	2.834	47	3.024	50	2.042	48	217	12	998	16	772	13
Einkommensmangel	529	124	23	177	34	69	24	17	7	50	10	91	17
Teilhabemangel	1.147	655	57	760	66	320	60	78	13	391	34	498	43
Manifeste Armut	489	165	34	235	48	53	31	13	4	113	23	148	30

Q: EU-SILC 2008. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte auf die Zahl der Personen. - 1) Prozentuiert auf Personen in Haushalten mit Eigentum von Wohnung und Haus. - 2) Prozentuiert auf Personen in Haushalten mit Mietverhältnis. - 3) Kontokorrentkredit.

kommensgruppen kann somit auch auf eine größere Anzahl von Wohn- und Hauseigentum in dieser Gruppe zurückzuführen sein. Verschuldung kommt bei Personen, die von einem Teilhabemangel (siehe „Definitionen“) betroffen sind, mehr als doppelt so häufig vor (57%) wie bei Personen mit Einkommensmangel (23%). Betrachtet man ausschließlich die Konsumkreditverbindlichkeiten, so sind Person mit Teilhabemangel dreimal so oft verschuldet wie Personen mit Einkommensmangel.

Personen in Haushalten mit Kindern und ohne Pension haben um ca. 8 Prozentpunkte häufiger Kreditverbindlichkeiten als Haushalte ohne Kinder bzw. um 45 Prozentpunkte häufiger als Haushalte mit Pension. Ordnet man die Haushaltstypen jeweils nach der Häufigkeit von Krediten für Wohnraum und Konsum, ergeben sich kaum Unterschiede in der Reihenfolge zwischen diesen beiden Kreditformen. Am wenigsten oft sind alleinlebende Frauen (28%), gefolgt von alleinlebenden Männern (38%) mit Schulden konfrontiert. Personen in Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern sind am häufigsten verschuldet. Ein-Elternhaushalte weisen allerdings deutlich weniger oft Kreditverbindlichkeiten auf als Mehrpersonenhaushalte mit Kindern. Dies kann mit einem schlechteren Zugang zu Kreditdienstleistungen sowie mit geringeren finanziellen Möglichkeiten zur Kredittilgung zusammenhängen. Das zeigt sich auch darin, dass Ein-Elternhaushalte mit 27% am häufigsten ihr Konto überzogen haben.

Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft verzeichnen sowohl bei Krediten für Eigentum als auch bei Konsumkrediten größere relative Häufigkeiten als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der Unterschied beträgt jeweils ca. zehn Prozentpunkte. Insgesamt leben Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft jedoch geringfügig häufiger in verschuldeten Haushalten (46%) als Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%).⁹⁾

Finanzielle Schwierigkeiten

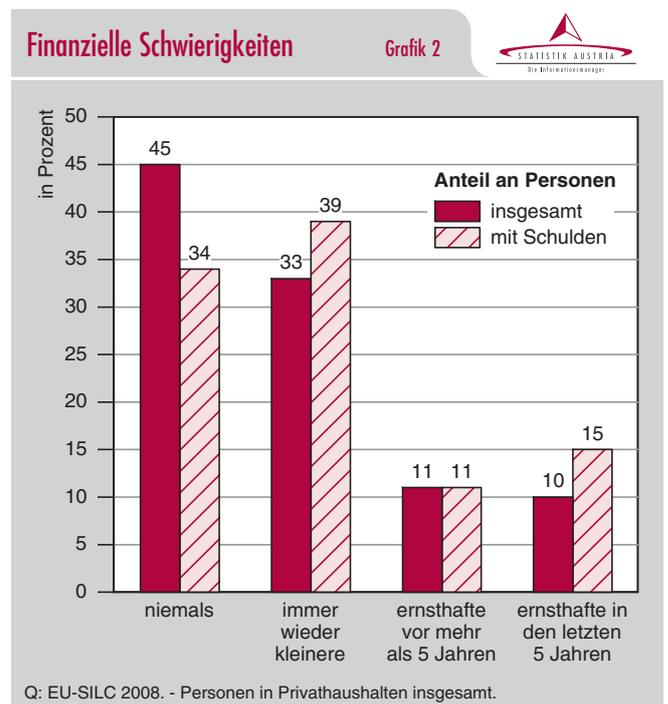
Die Daten aus EU-SILC 2008 zeigen, dass in Österreich 55% der Bevölkerung in Privathaushalten lebten, die in der Vergangenheit ernsthafte oder immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten hatten. Dabei existieren beträchtliche Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen. 71% der Personen mit hohem Einkommen (>180% des medianen Äquivalenzeinkommens) waren noch niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert, während dies bei niedrigen

⁹⁾ Dass der Gesamtanteil der Personen in verschuldeten Haushalten mit österreichischer Staatsbürgerschaft trotzdem über dem Anteil der Personen in verschuldeten Haushalten mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt ist dadurch erklärbar, dass letztere häufiger sowohl für Konsum als auch für Eigentum verschuldet sind. Vor dem Hintergrund der Definition von Verschuldung gehen dadurch weniger Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in die Gesamtzahl der Verschuldeten ein.

Einkommensgruppen nur auf jeden vierten Haushalt zutraf. Ebenso hatten 19% der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians, das heißt einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, in den letzten fünf Jahren¹⁰⁾ „ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten“, während dies nur bei 5% der Personen mit hohem Einkommen der Fall war. 24% der Ein-Elternhaushalte gegenüber 13% der Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind berichteten von ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten im selben Zeitraum.

Wenn Schulden und finanzielle Schwierigkeiten gleichzeitig auftreten, kann dies ein Ausdruck von Liquiditätsproblemen sein und in eine problematische Verschuldungslage führen. Bleibt dieser Zustand längere Zeit aufrecht, wird die Verfestigung einer Überschuldungslage begünstigt. 15% (642.000 Personen) bzw. 11% der Schuldner und Schuldnerinnen hatten in den letzten fünf Jahren bzw. vor mehr als fünf Jahren zumindest einmal ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten (Grafik 2); knapp 40% standen immer wieder kleineren Problemen gegenüber. 34% aller Schuldner und Schuldnerinnen waren niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Bei einer disaggregierten Betrachtung einzelner Schuldnergruppen zeigt sich, dass 29% der Personen in verschuldeten Ein-Eltern-Haushalte in den letzten fünf Jahren ernsthafte Schwierigkeiten hatten, gefolgt von verschuldeten alleinstehenden Männern ohne Pension (26%). Am seltensten traf dies auf verschuldete Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (14%) sowie auf Mehrpersonenhaushalte mit zwei oder mehr Kindern zu (13%). Bei Berücksichtigung der Einkommenshöhe zeigt sich ein star-

¹⁰⁾ Fünf Jahre vor dem Befragungszeitpunkt 2008.



Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten von Schuldnern und Schuldnerinnen

Tabelle 2



Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale *)	Gesamt ¹⁾ (=100%)	Verschuldeter Haushalt hat schon mindestens ein Mal wegen finanzieller Probleme ...							
		Geld im Freundes-/Verwandtenkreis geliehen		Vereinbarung mit Bank versucht		Beratungsstelle aufgesucht		Nichts davon	
		in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Insgesamt	2.803	1.160	41	1.178	42	200	7	963	34
Alter									
Bis 19 Jahre	826	366	44	334	40	62	7	279	34
20 bis 39 Jahre	850	397	47	341	40	58	7	266	31
40 bis 64 Jahre	968	351	36	439	45	75	8	349	36
65 Jahre und älter	159	46	29	64	40	(5)	(3)	69	43
Gemeindegrößenklassen									
Wien	539	293	54	246	46	74	14	135	25
Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern	264	162	61	75	29	27	10	66	25
Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern	446	180	40	222	50	35	8	142	32
Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern	1.554	525	34	635	41	64	4	620	40
Staatsbürgerschaft									
Österreich	2.417	976	40	1.015	42	166	7	855	35
Darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	117	63	54	69	59	21	18	24	21
Nicht Österreich	386	184	48	163	42	34	9	108	28
EU/EFTA	95	54	56	38	40	(8)	(9)	27	29
Sonstiges Ausland	291	131	45	125	43	26	9	80	28
Haushaltstyp									
Haushalte ohne Pension	2.599	1.093	42	1.094	42	191	7	886	34
Alleinlebend männlich	135	74	55	70	52	(14)	(11)	28	21
Alleinlebend weiblich	74	37	51	23	31	(7)	(9)	23	31
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	652	232	36	317	49	39	6	222	34
Haushalte mit Kindern	1.737	750	43	684	39	130	7	613	35
Ein-Eltern-Haushalte	154	100	65	65	42	15	10	38	24
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	591	234	40	237	40	33	6	225	38
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	621	260	42	239	39	49	8	222	36
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	371	156	42	143	39	33	9	128	35
Einkommensgruppen									
Niedrig (= armutsgefährdet)	384	198	52	154	40	74	19	106	28
Mittel	2.277	912	40	965	42	119	5	799	35
Hoch	143	49	35	59	41	(7)	(5)	58	41
Armutslagen									
Kein Mangel	1.691	578	34	614	36	29	2	705	42
Einkommensmangel	136	64	47	59	43	(9)	(6)	40	29
Teilhabemangel	729	384	53	411	56	97	13	152	21
Manifeste Armut	247	135	54	95	38	65	26	66	27

Q: EU-SILC 2008. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen. - 1) Personen in Haushalten mit finanziellen Schwierigkeiten. Schuldner/ Schuldnerin: zumindest ein Kredit für Haus, Wohnung oder Sonstiges / aktuell Rückstände bei fälligen Zahlungen / Konto überzogen.

ker Zusammenhang mit dem Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten. 63% der Personen aus der hohen Einkommensgruppe lebten in verschuldeten Haushalten, die niemals mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert waren, während dies nur auf 11% der Personen in der niedrigen Einkommensgruppe zutraf.

Zur Bewältigung finanzieller Schwierigkeiten im Falle von Verschuldung können die betroffenen Haushalte unterschiedliche Strategien verfolgen und informelle/private sowie formelle/öffentliche Hilfsquellen heranziehen. Wird der Zugang zu bzw. die Nutzung von entsprechenden Unterstützungsangeboten differenziert betrachtet, gewinnt die Thematik auch an sozialpolitischer Relevanz.

Tabelle 2 bezieht sich auf Schuldner und Schuldnerinnen mit immer wieder kleineren oder in der Vergangenheit ernst-

haften finanziellen Schwierigkeiten im Haushalt. 41% davon erhielten mindestens einmal beim Auftreten von finanziellen Schwierigkeiten Geld von Freunden und Freundinnen oder Verwandten (geliehen oder geschenkt). Umschuldungen oder sonstige Vereinbarungen mit Geldinstituten wurden von 42% der Verschuldeten versucht. Weitaus seltener suchten verschuldete Personen mit finanziellen Schwierigkeiten schon einmal eine Beratungsstelle (z.B. Schuldnerberatung) auf (7%). Letzteres Angebot wurde vor allem in Wien (14% der Verschuldeten mit finanziellen Schwierigkeiten im Vergleich zu 4% in Regionen mit weniger als 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen) in Anspruch genommen. Verschuldete Personen aus der niedrigsten Einkommensgruppe suchten im Falle finanzieller Schwierigkeiten weitaus häufiger im Freundes- oder Verwandtenkreis finanzielle Unterstützung (52%) als Personen aus der höchsten Einkommensgruppe (35%). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der

Inanspruchnahme von Beratungsstellen, wobei die Differenzen zwischen den Einkommensgruppen hier geringer ausfallen. Finanzielle Schwierigkeiten mit Hilfe eines Geldinstitutes zu regeln, wird von den ausgewiesenen Einkommensgruppen allerdings im gleichen Ausmaß versucht. 48% der verschuldeten Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft wendeten sich bei finanziellen Schwierigkeiten an Freunde oder Verwandte, wohingegen dies auf 40% der verschuldeten Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zutraf.

Bezogen auf den Haushaltstyp ergeben sich die größten Gruppenunterschiede bei der Möglichkeit, sich Geld im Freundes- oder Verwandtenkreis auszuborgen. Dies stellte vor allem für verschuldete Ein-Eltern-Haushalte eine verbreitete Strategie im Umgang mit finanziellen Schwierig-

keiten dar und wurde doppelt so häufig genutzt wie von verschuldeten Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Von den betrachteten Haushaltstypen nahmen verschuldete Ein-Eltern-Haushalte auch am häufigsten das Hilfsangebot von Beratungsstellen in Anspruch.

Überschuldung

Überschuldung, als problematische Verschuldungssituation kann - wie oben erläutert - unter anderem über Variablen zu Zahlungsrückständen operationalisiert werden. 9% der österreichischen Bevölkerung lebten in Haushalten, die zum Zeitpunkt der Befragung und/oder während der davorliegenden zwölf Monate zumindest einmal Zahlungsrückstände aufwiesen (Tabelle 3). 6% waren mit nur einer Zahlung in Verzug, 3% mit mindestens zwei Zahlungen. Die meisten

Überschuldung durch Zahlungsrückstände

Tabelle 3



Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale *)	Gesamt (=100%)	Haushalt mit Zahlungen im Rückstand 1)		Darunter									
				für Wohnkredit		bei laufenden Wohnkosten		bei sonstigen Rechnungen und Krediten		mit einer Zahlung		mit zwei und mehr Zahlungen	
				in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	748	9	112	1	447	5	456	6	500	6	249	3
Alter													
Bis 19 Jahre	1.816	206	11	34	2	129	7	127	7	129	7	77	4
20 bis 39 Jahre	2.153	253	12	30	1	146	7	156	7	178	8	75	3
40 bis 64 Jahre	2.897	256	9	42	1	152	5	157	5	167	6	88	3
65 Jahre und älter	1.376	33	2	(6)	(0)	20	1	15	1	26	2	(8)	(1)
Staatsbürgerschaft													
Österreich	7.367	581	8	107	1	332	5	359	5	382	5	199	3
Nicht Österreich	874	168	19	(5)	(1)	116	13	97	11	118	13	50	6
EU/EFTA	270	35	13	(3)	(1)	26	10	17	6	24	9	(11)	(4)
Sonstiges Ausland	604	133	22	(1)	(0)	90	15	81	13	93	15	39	7
Höchster Bildungsabschluss 2)													
Maximal Pflichtschule	1.657	192	12	26	2	122	7	117	7	127	8	65	4
Lehre/mittlere Schule	3.308	270	8	41	1	157	5	165	5	182	5	89	3
Matura	1.228	101	8	14	1	53	4	61	5	77	6	24	2
Universität	679	26	4	(9)	(1)	(11)	(2)	14	2	18	3	(7)	(1)
Haushaltstyp													
Haushalte mit Pension	1.640	43	3	(9)	(1)	27	2	18	1	32	2	(10)	(1)
Haushalte ohne Pension	6.602	706	11	102	2	420	6	438	7	467	7	238	4
Darunter Haushalte mit Kindern	3.927	417	11	76	2	261	7	253	6	258	7	159	4
Ein-Eltern-Haushalte	320	70	22	9	3	46	14	39	12	48	15	22	7
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	1.351	121	9	30	2	66	5	78	6	70	5	50	4
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	1.502	128	9	28	2	79	5	77	5	78	5	50	3
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	754	98	13	9	1	69	9	58	8	62	8	36	5
Erwerbsintensität des Haushalts													
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im Haushalt	1.014	20	2	(5)	(0)	13	1	(8)	(1)	15	1	(5)	(1)
Keine Erwerbstätigkeit	772	129	17	10	1	98	13	70	9	81	10	48	6
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	332	11	61	2	197	7	205	7	214	7	118	4
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	267	8	36	1	140	4	173	5	190	6	77	2
Haupteinkommensquelle des Haushalts													
Unselbständige Arbeit	5.131	426	8	71	1	241	5	264	5	288	6	139	3
Selbständige Arbeit	606	84	14	20	3	48	8	50	8	55	9	29	5
Sozialleistungen	641	179	28	10	2	120	19	118	18	112	18	67	10
Pensionen	1.754	52	3	(11)	(1)	33	2	21	1	40	2	(12)	(1)
Private Einkommen	109	(6)	(6)	(0)	(0)	(5)	(5)	(3)	(3)	(5)	(4)	(2)	(2)
Einkommensgruppen													
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	204	20	19	2	145	14	119	12	126	12	78	8
Darunter manifeste Armut	489	193	39	16	3	140	29	113	23	117	24	76	15
Mittel	6.474	517	8	90	1	290	4	318	5	354	5	164	3
Hoch	749	27	4	(3)	(0)	(12)	(2)	19	3	20	3	(7)	(1)

Q: EU-SILC 2008. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen. - 1) Aktuell oder in den letzten zwölf Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - 2) Personen ab 16 Jahren.

der erfassten Personen wiesen Zahlungsrückstände für laufende Wohnkosten aus (447.000 oder 5%). Immerhin 112.000 Personen konnten Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung nicht mehr leisten, bei 456.000 Personen waren sonstige Rechnungen oder Kredite offen.

Die soziodemographischen Merkmale der Gruppen, die besonders von Überschuldung betroffen sind, ähneln zum Teil jenen, die auch ein überproportional hohes Verschuldungsrisiko aufweisen. So war die Überschuldung jüngerer Personen (bis 39 Jahre) mit 11% höher und jene von Personen über 65 Jahren mit 2% deutlich geringer als im Vergleich zum Durchschnitt. Die geringere Betroffenheit von Haushalten mit älteren Personen zeigt sich auch daran, dass lediglich 3% der Personen in Haushalten, in denen zumindest eine Alterspension bezogen wird, mit Zahlungen im Rückstand waren. Personen in Privathaushalten, in denen Pensionen nicht den Hauptbestandteil des Gesamteinkommens ausmachten, waren demgegenüber deutlich häufiger von Überschuldung betroffen. Jeweils 11% der Personen in Haushalten ohne Pension sowohl mit als auch ohne Kinder berichteten von Zahlungsrückständen. Die Betroffenheit variierte allerdings vor allem in Haushalten mit Kindern: Einerseits war jede fünfte Person in einem Ein-Eltern-Haushalt sowie jede achte Person in einem Haushalt mit mindestens drei Kindern überschuldet. Andererseits wiesen Familien mit einem bzw. zwei Kindern lediglich ein durchschnittliches Überschuldungsrisiko auf. Auffallend ist insbesondere der hohe Anteil von Personen in Ein-Eltern-Haushalten, die Zahlungen für Wohnraumbeschaffung (3%) sowie für laufende Wohnkosten (14%) nicht leisten konnten: Beides deutet auf einen potenziell drohenden Wohnraumverlust hin. Alleinerziehende (und ihre Haushaltsmitglieder) wiesen zudem ein im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung mehr als doppelt so hohes Risiko auf, mit mindestens zwei Zahlungen im Rückstand zu sein (7%). Auch das kann als ein Hinweis auf die prekäre Relation zwischen Einkommen und Ausgaben in dieser Haushaltsform gelesen werden.

Mit Blick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich ein im Vergleich zu Österreichern und Österreicherinnen (8%) knapp dreimal so hohes Überschuldungsrisiko von Drittstaatsangehörigen (22%). Etliche von ihnen konnten Zahlungen für laufende Wohnkosten (15%) bzw. für sonstige Rechnungen oder Kredite (13%) nicht vornehmen. Zudem sind sie - im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung - mehr als doppelt so häufig mit mindestens zwei Zahlungen im Verzug.

Die enge Verbindung zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und ihrem Verschuldungsrisiko zeigt sich auch im Hinblick auf das Überschuldungsrisiko. So geht etwa ein höherer Bildungsabschluss mit einer geringeren Überschuldungswahrscheinlichkeit einher: 12% aller Per-

sonen mit Pflichtschulabschluss, die mit Zahlungen im Verzug waren, standen lediglich 4% mit Universitätsabschluss gegenüber, die dasselbe Problem aufwiesen. Eng im Zusammenhang mit dem Bildungsstatus stehen künftige Erwerbschancen: Bei voller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) betrug die Überschuldungsquote lediglich 8%, bei teilweiser Erwerbstätigkeit bereits 11%. War keiner der Erwachsenen erwerbstätig, belief sich das Überschuldungsrisiko auf 17%. Besonders drastisch war die Situation für Haushalte, deren Haupteinkommensquelle aus Sozialtransfers (ohne Pensionen) bestand: 28% der Personen in einem derartigen Haushalt waren überschuldet. Die ungünstige Relation zwischen Einnahmen und Ausgaben in diesen Haushalten zeigt sich auch daran, dass 10% der Personen mit mindestens zwei Zahlungen im Rückstand waren (im Vergleich zu 3% in der Gesamtbevölkerung). Der überproportional hohe Anteil an Zahlungsrückständen für laufende Wohnkosten (19%) und für sonstige Zahlungen und Kredite (18%) unterstreicht die prekäre Lage dieser Personengruppe.

Der Bildungsstatus beeinflusst spätere Erwerbschancen und, damit zusammenhängend, auch spätere Einkommenschancen: Waren lediglich 4% der Personen mit sehr hohem Einkommen zum Befragungszeitpunkt und/oder den vorhergehenden zwölf Monaten mit Zahlungen im Rückstand, so war das entsprechende Risiko bei armutsgefährdeten Personengruppen mit 20% immerhin fünfmal so hoch. Diese Gruppe war auch mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt mit mindestens zwei Zahlungen in Verzug. Bei länger andauernden Einkommensverhältnissen unter der Armutsgefährdungsschwelle kann es auch zu einer Verfestigung der Armutslage kommen. Von manifester Armut wird gesprochen, wenn zusätzlich zu einem niedrigen Einkommen Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen auftreten, wenn z.B. Heizen oder dringende Ausgaben nicht mehr leistbar sind. Unter den Armutsgefährdeten wiesen manifest arme Personen mit 39% ein noch einmal verdoppeltes Überschuldungsrisiko auf. Bemerkenswert ist zudem der hohe Anteil von manifest armen Personen, die mit Zahlungen für die Wohnraumbeschaffung im Rückstand waren (3%). Dabei handelt es sich um eine äußerst heikle Form der Überschuldung, die nicht zuletzt zum Verlust der Wohnung und zur Delogierung führen könnte. Bedenklich ist zudem, dass immerhin 15% der manifest armen Personen mit mindestens zwei Zahlungen im Rückstand waren (und damit fünfmal so viele Personen wie im Durchschnitt).

Während eine gruppenspezifische Analyse der Verbreitung von Zahlungsrückständen einen Hinweis auf die Verteilung des Überschuldungsproblems in der österreichischen Bevölkerung gibt, kann die relative Höhe der Überschuldung einen Hinweis auf die Intensität des Problems geben. Im Rahmen der EU-SILC-Befragung gaben Haushalte Aus-

Anteil der aktuellen Zahlungsrückstände am aktuellen monatlichen Haushaltseinkommen

Tabelle 4



Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale *)	Gesamt (=100%)	Haushalt ist aktuell mit Zahlungen im Rückstand ¹⁾		Haushalt hat Konto überzogen		Anteil der Rückstände am Haushaltseinkommen in % ²⁾	Anteil des negativen Kontostands am Haushaltseinkommen in % ²⁾
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %		
Insgesamt	8.242	380	5	1.509	18	65	51
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	110	6	450	25	64	50
20 bis 39 Jahre	2.153	127	6	464	22	53	53
40 bis 64 Jahre	2.897	133	5	513	18	92	55
65 Jahre und älter	1.376	(10)	(1)	82	6	.	.
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	272	4	1.268	17	67	52
Nicht Österreich	874	109	12	241	28	56	50
EU/EFTA	270	(13)	(5)	57	21	.	.
Sonstiges Ausland	604	96	16	185	31	48	50
Haushaltstyp							
Haushalte mit Pension	1.640	14	1	93	6	(120)	(41)
Haushalte ohne Pension	6.602	366	6	1.416	21	65	53
Darunter Haushalte mit Kindern	3.927	224	6	928	24	65	50
Ein-Eltern-Haushalte	320	29	9	87	27	68	85
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	1.351	61	5	316	23	47	41
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	1.502	68	5	320	21	304	47
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	754	66	9	205	27	65	55
Erwerbsintensität des Haushalts							
Keine Person im erwerbsfähigen Alter im Haushalt	1.014	(7)	(1)	55	5	.	.
Keine Erwerbstätigkeit	772	78	10	110	14	100	57
Teilweise Erwerbstätigkeit	3.019	162	5	665	22	65	57
Volle Erwerbstätigkeit	3.437	134	4	680	20	38	48
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	126	12	239	23	100	63
Darunter manifeste Armut	489	124	25	148	30	100	80
Mittel	6.474	246	4	1.172	18	45	50
Hoch	749	(8)	(1)	98	13	.	.

Q: EU-SILC 2008. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen. - 1) Aktuell oder in den letzten zwölf Monaten mit Zahlungen im Rückstand. - 2) Es wird der mittlere Anteil (Median) ausgewiesen.

kunft über die Höhe ihrer aktuellen Zahlungsrückstände¹¹⁾ sowie über die Höhe eines eventuell überzogenen Kontos (Tabelle 4).

5% oder 383.000 Personen lebten in Haushalten, in denen zum Befragungszeitpunkt Zahlungsrückstände vorlagen. Der mittlere Anteil (Median) des aktuellen Zahlungsrückstands belief sich dabei auf 65% des gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommens. Mit anderen Worten: Bei der Hälfte der überschuldeten Privathaushalte machten die Zahlungsrückstände mehr als 65% ihres laufenden Einkommens aus, bei der anderen Hälfte weniger.

Im Hinblick auf die soziodemographische Zusammensetzung jener Gruppen, die - im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung - einen höheren Überschuldungsgrad aufwiesen, ergaben sich überraschende Erkenntnisse: So sind zum Teil jene Gruppen, die eine überproportional hohe Überschuldungswahr-

scheinlichkeit haben, in geringerem Ausmaß überschuldet als Personen, deren Überschuldungsrisiko geringer ist. Beispielsweise entspricht der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstands am Haushaltseinkommen bei jungen Personen dem Durchschnitt (64% bei den bis 19-Jährigen) bzw. ist er sogar unterdurchschnittlich (53% bei den 20- bis 39-Jährigen). Demgegenüber ist das Überschuldungsausmaß von Personen, die in Haushalten mit Pensionseinkommen leben, mit 120% fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung. Auch bei spezifischen Familienformen zeigen überproportional überschuldete Haushalte, wie Ein-Eltern-Haushalte, unterdurchschnittliche Werte im Hinblick auf die (mittlere) Überschuldungshöhe, wohingegen Familien mit zwei Kindern Zahlungsrückstände aufwiesen, die ihr Haushaltseinkommen um das Dreifache überstiegen. Auch im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich, dass das Ausmaß der Überschuldung von Drittstaatsangehörigen (48%) doch deutlich geringer als jenes von Österreicherinnen und Österreichern ist (67%). Ebenso sind Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit einem Überschuldungsgrad von 58%, gemessen am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen, unterdurchschnittlich belastet.

¹¹⁾ Damit entfallen im Vergleich zur vorhergehenden Analyse all jene Personen, die zwar in den zwölf vor der Erhebung liegenden Monaten Zahlungsrückstände aufwiesen, zum Befragungszeitpunkt aber alle Rechnungen begleichen konnten.

Im Hinblick auf sozioökonomische Merkmale gibt es zwischen den überproportionalen Überschuldungsrisiken und der Überschuldungshöhe allerdings sehr wohl einen Zusammenhang. Das zeigt sich etwa im Hinblick auf die Erwerbsintensität. Bei voller Erwerbstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter beträgt der mittlere Anteil des aktuellen Zahlungsrückstands am gesamten verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen lediglich 38%, bei keiner Erwerbstätigkeit entspricht er dem laufenden Einkommen. Auch armutsgefährdete Personen in Privathaushalten weisen ein überproportional hohes Überschuldungsausmaß auf, das sich in der Höhe ihres aktuellen Haushaltseinkommens bewegt.

18% oder 1,5 Mio. Menschen lebten in Privathaushalten, in denen zumindest ein Haushaltsmitglied sein Konto überzogen hatte. Der mittlere Anteil des Kontoüberzugs, wieder gemessen am verfügbaren gesamten monatlichen Haushaltseinkommen, betrug 51%. In der Regel knüpfen Banken bzw. Finanzdienstleister sowohl die Möglichkeit zur Kontoüberziehung als auch ihre maximale Höhe an das Einkommenspotenzial ihrer Kunden und Kundinnen: Insofern ist der potenziellen Höhe des Kontoüberzugs eine Grenze gesetzt. Dessen ungeachtet gibt es einige Bevölkerungsgruppen, bei denen der mittlere Anteil des Kontoüberzugs doch deutlich höher als im Durchschnitt ist. Auffallend ist dies insbesondere bei Personen in Ein-Eltern-Haushalten (85%).

Finanzielle Exklusion

Finanzielle Exklusion bedeutet, keinen oder nur erschwerten Zugang zu wesentlichen Finanzdienstleistungen in einer Gesellschaft zu haben. Als Teilbereich der sozialen Ausgrenzung sind davon Personen bzw. Personengruppen betroffen, die durch die Exklusion von finanziellen Produkten und Dienstleistungen nur erschwert ein normales, d.h. dem durchschnittlichen Lebensstandard eines Landes entsprechendes Leben führen können (*European Commission 2008b, S. 9*).

Eingeschränkter Zugang bei folgenden grundlegenden formalen Finanzdienstleistungen werden von der Weltbank (*2005, S. 5 f*) als **Exklusionsindikatoren** identifiziert:

- Überweisungen und Zahlungsdienste
- Formelles Sparen
- Kredite
- Versicherungen

Der Zugang zu einem **Basiskonto** ist zentral, um Überweisungen tätigen und Zahlungsdienste in Anspruch nehmen zu können. Finanzielle Ausgrenzung ist besonders hier zu beobachten: Kein Konto zu besitzen erschwert es, Gehalt oder andere Einkünfte zu empfangen. Personen ohne Konten sind außerdem Benachteiligungen im täglichen Leben ausgesetzt. So können regelmäßige Zahlungen wie Miete, Heizung, Internet, Fernsehen oder Versicherungen nicht per Überweisung über das Konto erfolgen. Zusätzlich sind diese Personen

auch einem höheren Kosten- und Zeitaufwand ausgesetzt: Jede einzelne ihrer Zahlungsverpflichtungen muss per Zehrschein eingezahlt bzw. bar ausbezahlt werden. Auch für den Zugang zu formellen **Sparmöglichkeiten** ist ein Konto relevant. Keinen Zugang zu einem Konto zu haben, erschwert somit Geld für geplante Ausgaben zu sparen.

Jede 55. Person in Österreich (2% der Bevölkerung in Privathaushalten) lebt in einem Haushalt ohne Konto (*Tabelle 5*). Am häufigsten davon betroffen sind Armutsgefährdete (6%) und Personen in der Altersgruppe 65+ (5%). So besitzen 59.000 Personen aus der niedrigen Einkommensgruppe (i.e. armutsgefährdete Personen) und 30.000 alleinlebende Frauen mit Pension kein Konto (7%). Ein nicht vorhandenes Konto tritt häufiger bei Personen in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit (5%) auf als bei Personen, in deren Haushalt zumindest teilweise Erwerbstätigkeit (1%) gegeben ist. Gerade armutsgefährdete Personengruppen sind jene, die am häufigsten kein Konto besitzen: Unter den manifest Armen, also jenen Personen, die sowohl einem niedrigen Einkommen als auch einem niedrigen Lebensstandard ausgesetzt sind, gaben 8% an, kein Konto zu besitzen.

Als zweiter Indikator zur finanziellen Ausgrenzung in Österreich wurde im Rahmen der EU-SILC-Befragung als wesentliche Finanzdienstleistung die „Nicht-Leistbarkeit“ einer **Haushaltsversicherung** gewählt. Eine Haushaltsversicherung schützt gegen das Risiko des Verlustes von materiellen Gütern in der Wohnung bzw. im Haus durch Feuer, Sturm, Einbruch, Wasserschäden etc. Oftmals ist auch eine Haftschutzversicherung integriert, die gegen Schäden, die man anderen Personen zufügt, versichert. Insgesamt besitzen 940.000 Personen (11%) in Österreich keine Haushaltsversicherung. Rund die Hälfte gibt an, dass ihr Haushalt aus finanziellen Gründen diese nicht abschließen kann. Das entspricht rund 461.000 Personen in Privathaushalten in Österreich (6%).

Während die Staatsbürgerschaft keinen Unterschied beim Zugang zu einem Konto erkennen lässt, zeigt sich beim Abschluss einer Haushaltsversicherung ein anderes Bild: 4% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft können sich keine Haushaltsversicherung leisten, bei Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind dies 21%. Unterschiede ergeben sich auch innerhalb der Gruppe mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft: 28% der Drittstaatsangehörigen können aus finanziellen Gründen keine Haushaltsversicherung abschließen, während nur 7% der Personen aus EU/EFTA Ländern aus diesem Grund nicht versichert sind. Unterschiede ergeben sich auch zwischen den Gemeindegroßen: In ruralen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 10.000 können sich nur 2% keine Haushaltsversicherung leisten, während das in Wien 14% betrifft. Die Höhe des Einkommens weist einen deutlichen Zusammenhang mit der Möglichkeit eine Haushaltsversicherung abzuschließen auf: 21% der Armutsgefährdeten können sich keine

Tabelle 5



Finanzielle Exklusion

Soziodemographische und sozioökonomische Merkmale *)	Gesamt (=100%)	Kein Konto im Haushalt		Keine Haushaltsversicherung *)		Keine Kreditkarte im Haushalt	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.242	150	2	461	6	3.882	47
Alter							
Bis 19 Jahre	1.816	24	1	126	7	844	46
20 bis 39 Jahre	2.153	25	1	133	6	938	44
40 bis 64 Jahre	2.897	36	1	159	5	1.225	42
65 Jahre und älter	1.376	64	5	43	3	875	64
Gemeindegrößenklassen							
Wien	1.648	28	2	231	14	808	49
Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern	745	(7)	(1)	75	10	351	47
Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern	1.349	10	1	70	5	628	47
Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern	4.500	104	2	84	2	2.095	47
Staatsbürgerschaft							
Österreich	7.367	133	2	273	4	3.382	46
Darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	(6)	(2)	61	23	173	66
Nicht Österreich	874	17	2	188	21	500	57
EU/EFTA	270	(5)	(2)	19	7	98	36
Sonstiges Ausland	604	13	2	169	28	402	67
Haushaltstyp							
Haushalte mit Pension	1.640	71	4	59	4	998	61
Alleinlebend männlich	128	(6)	(5)	(11)	(9)	87	68
Alleinlebend weiblich	415	30	7	28	7	325	78
Mehrpersonenhaushalte	1.096	34	3	20	2	586	53
Haushalte ohne Pension	6.602	79	1	402	6	2.884	44
Alleinlebend männlich	412	(14)	(3)	35	9	206	50
Alleinlebend weiblich	305	(4)	(1)	22	7	145	48
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	1.957	(15)	(1)	84	4	813	42
Haushalte mit Kindern	3.927	46	1	260	7	1.719	44
Ein-Eltern-Haushalte	320	(6)	(2)	40	13	204	64
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	1.351	(13)	(1)	74	5	561	42
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	1.502	12	1	63	4	605	40
Mehrpersonenhaushalt mit 3 u.m. Kindern	754	15	2	83	11	350	46
Einkommensgruppen							
Niedrig (= armutsgefährdet)	1.018	59	6	215	21	723	71
Mittel	6.474	91	1	245	4	3.039	47
Hoch	749	(0)	(0)	(1)	(0)	120	16
Armutslagen							
Kein Mangel	6.076	65	1	109	2	2.410	40
Einkommensmangel	529	19	4	62	12	342	65
Teilhabemangel	1.147	26	2	137	12	749	65
Manifeste Armut	489	39	8	153	31	381	78

Q: EU-SILC 2008. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen < 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushaltsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen. - 1) Keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen.

Haushaltsversicherung leisten, während dies Haushalte mit einem mittlerem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle nur mehr zu 4% angeben. 14% der Personen ohne erwerbstätige Person im Haushalt haben keinen Zugang zu einer Haushaltsversicherung. Bei zumindest teilweiser Erwerbstätigkeit im Haushalt halbiert sich der Anteil auf 7%. Die Gruppe manifest Armer weist mit 31% einen überproportional hohen Anteil ohne Haushaltsversicherung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung aus. Bezogen auf den Haushaltstyp zeigt sich, dass Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern mit 13% bzw. 11% überdurchschnittlich häufig keine Haushaltsversicherung aus finanziellen Gründen abgeschlossen haben.

Als dritter Indikator für finanzielle Ausgrenzung ist der Zugang zu adäquaten **Kreditmöglichkeiten** zu nennen. Weniger als 1% der befragten Haushalte gaben an, trotz Notwendigkeit keinen Kredit erhalten zu haben. Aufgrund der geringen Fallzahlen kann darüber keine Hochrechnung erstellt

werden. Als weitere Einschränkung der Kreditmöglichkeiten kann daher in Folge nur der Zugang zu einer **Kreditkarte im Haushalt** dargestellt werden. Kredite in ihren unterschiedlichen Formen ermöglichen es dem Haushalt, temporäre Zahlungsschwierigkeiten auszugleichen, Einkommensschocks zu überbrücken und Zugang zu Produkten bzw. Investitionen zu eröffnen, die weitere Einkommensmöglichkeiten bieten (*European Commission 2008b, S. 13; Weltbank 2005, S. 5*).

Während rund 2% der österreichischen Bevölkerung kein Konto und 11% keine Haushaltsversicherung haben, lebt fast die Hälfte (47%) der österreichischen Bevölkerung in Haushalten ohne Kreditkarte. In Österreich besitzen ältere Personen, armutsgefährdete Personen und Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft am häufigsten keine Kreditkarte. Der Besitz einer Kreditkarte verteilt sich in den Alterskohorten bis 64 Jahren ähnlich wie in der Gesamtbevölkerung. 64% der Personen in der Gruppe der über 65-Jährigen besitzen jedoch keine Kreditkarte.

Unterschiede ergeben sich wiederum mit Bezug auf die Staatsbürgerschaft: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft besitzen häufiger eine Kreditkarte (64%) als jene mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (43%). Betrachtet man den Haushaltstyp, so besitzen Ein-Eltern-Haushalte am seltensten Kreditkarten (36%), im Vergleich dazu sind es bei Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern 60%. Nach Einkommensgruppen betrachtet zeigt sich, dass 71% der armuts-

gefährdeten Personen keine Kreditkarte besitzen. Im Gegensatz dazu sind es in der hohen Einkommensgruppe nur 16% der Personen. Auch beim dritten Indikator für finanzielle Ausgrenzung sind gerade von Armut betroffene Haushalte stark vertreten: 78% der manifest Armen, 65% der Personen mit Teilhabemangel und 65% der Personen, die einem Einkommensmangel ausgesetzt sind, verfügen über keine Kreditkarte.

Definitionen aus EU-SILC

Äquivalenzeinkommen: Gewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen. Die Gewichtung wird auf Basis der EU-Skala berechnet und das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte je Haushalt dividiert. EU-Skala: Als Fixbedarf wird ein Gewicht von 0,5 angenommen, weiters erhält jede erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

Einkommensgruppen

Niedrige Einkommen: unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens (weniger als 10.945 €; entspricht der Armutsgefährdungsschwelle).

Mittlere Einkommen: 60%-180% des äquivalisierten Medianeinkommens (zwischen 10.712 € und 32.135 €).

Hohe Einkommen: über 180% des äquivalisierten Medianeinkommens (mehr als 32.135 €).

Armutsgefährdung: Alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes (60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens = Armutsgefährdungsschwelle) liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Höhe der Armutsgefährdungsschwelle lag 2008 für einen Einpersonenhaushalt bei 11.406 € im Jahr.

Armutslagen

Manifeste Armut: Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung treten gemeinsam auf.

Einkommensmangel: Armutsgefährdung ohne feststellbare Merkmale finanzieller Deprivation.

Teilhabemangel: Finanzielle Deprivation ist feststellbar, keine Armutsgefährdung.

Kein Mangel: Weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation lassen eine Benachteiligung erkennen.

Finanzielle Deprivation: Betroffene können sich zumindest zwei der folgenden Merkmale nicht leisten: Wohnung angemessen warm halten, notwendige Arztbesuche, unerwartete Ausgaben, neue Kleidung, jeden zweiten Tag Fisch oder Fleisch zu Essen, Freunde oder Verwandte einmal im Monat einzuladen oder hatten Probleme regelmäßige Zahlungen rechtzeitig zu begleichen.

Verschuldung: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen mit oder ohne Kontokorrentkredit. Schuldner und Schuldnerinnen: Personen in Haushalten mit aktuellen Kreditverpflichtungen mit oder ohne Kontokorrentkredit oder mit aktuellen Rückständen bei Zahlungen.

Überschuldung: Rückstände aktuell oder in den letzten zwölf Monaten bei Kreditraten für Wohnung oder Konsum sowie bei laufenden Zahlungen - wie Miete, Betriebskosten, für Strom und Gas - oder wenn fällige Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt werden können. Rückstände nur aus finanziellen Gründen.

Kredite

Wohnkredit: Kreditverbindlichkeiten für die selbst bewohnte Wohnung, für Eigentums- oder Mietwohnung.

Für Eigentum: Kreditverbindlichkeiten für die selbst bewohnte Wohnung bzw. das Haus im Eigentum.

Für Mietwohnung: Kreditverbindlichkeiten für die selbst bewohnte Mietwohnung.

Konsumkredit für Ratenkäufe, Leasingverträge, etc., aber auch Rückzahlungsverpflichtungen, um Lebenshaltungskosten wie Nahrungsmittel, Heizkosten oder Miete bezahlen zu können.

Kontokorrentkredit: Konto zumindest eines Haushaltsmitglieds ist aufgrund finanzieller Schwierigkeiten (z.B. dringender Geldbedarf, Ausgaben höher als Einnahmen) überzogen.

Mittlerer Anteil der Rückstände: Median der Anteile der aktuellen Rückstände am aktuellen verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen.

Finanzielle Schwierigkeiten: Die Befragten geben an, immer wieder kleinere finanzielle Schwierigkeiten zu haben oder berichten von ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten in den letzten fünf Jahren oder länger zurückliegend.

Umgang mit finanziellen Schwierigkeiten: Der Haushalt hat mindestens einmal wegen finanzieller Schwierigkeiten *Unterstützung von Freunden oder Verwandten* etc. erhalten (Geld geliehen oder geschenkt). Es gab zumindest einmal den

Versuch finanzielle Schwierigkeiten mit *Geldinstituten* zu regeln (Umschuldung etc.). Es gab mindestens einmal Kontakt zu einer *Schuldnerberatungsstelle* oder ähnlichen Beratungsstellen (Konsumentenberatungsstelle, Sozialberatungsstelle).

Finanzielle Exklusion (Ausgrenzung)

Kein Konto: Keine Person im Haushalt hat aktuell ein Konto.

Keine Haushaltsversicherung im Haushalt: Aus finanziellen Gründen keine Haushaltsversicherung abgeschlossen.

Keine Kreditkarte: Keine Person im Haushalt hat aktuell eine Kreditkarte.

Literatur

- Ando, A. / Modigliani, F.** (1963): "The „Life Cycle“ Hypothesis of Saving: Aggregate Implications and Tests", in *American Economic Review*, #53, S. 55-84.
- ASB Schuldnerberatung GmbH** (2007): „Schuldenreport 2007“, Wien.
- Backert, W.** (2001): „Armutrisiko: Überschuldung“, in Barlösius, E. / Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*, Opladen, S. 243-261.
- Beer, Ch. / Schürz, M.** (2007): „Charakteristika der Verschuldung der privaten Haushalte in Österreich. Ist die Verschuldung ein Problem für die Finanzmarktstabilität?“, in OENB (Hrsg.): *Geldpolitik und Wirtschaft Quartal 02 2007*, Wien, S. 62-83.
- Betti, G. / Dourmashkin, N. / Rossi, M. / Yin, Y. P.** (2007): "Consumer over-indebtedness in the EU: measurement and characteristics". *Journal of Economic Studies*, Vol. 34 (2): S. 136-156.
- Böhm, R.** (1987): „Salzburger Haushalte in den roten Zahlen: ein Jahr Schuldnerberatung in der Konsumentenberatung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg“, Salzburg.
- Brandner, P. / Mooslechner, P.** (1992): „Ökonomische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte“, WIFO, Wien.
- European Commission** (2008a): "Towards a common operational European Definition of Over-indebtedness". o.O.
- European Commission** (2008b): "Financial Service Provision and Prevention on Financial Exclusion". o.O.
- Koch, F. / Reis, C.** (1987): „Zielgruppen der Schuldnerberatung“, in *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 10/1987, S. 219-224.
- Korczak, D.** (2003): „Definitionen der Verschuldung und Überschuldung im europäischen Raum: Literaturrecherche im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“.
- Reiter, G.** (1991): „Kritische Lebensereignisse und Verschuldungskarrieren von Verbrauchern“, Duncker & Humblot, Berlin.
- Schönbauer, U.** (1990): „Konsumentenkredite: zwischen Wunderwelt und Offenbarungseid“, Institut für Gesellschaftspolitik, Wien.
- STATISTIKAUSTRIA** (2009): „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen - Ergebnisse aus EU-SILC 2008“, in *BMASK: Sozialpolitische Studienreihe Band 2*, Wien.
- Streuli, E.** (2003): „In Ermangelung finanzieller Ressourcen: Privatverschuldung in der Schweiz“, in *Swiss Journal of Sociology*, Jg. 29, Heft 2, Zürich, S. 293-317.
- Worldbank** (2005): "Indicators of Financial Access - Household - Level Surveys". URL: http://siteresources.worldbank.org/FINANCIALSECTOR/539914-1118439900885/20700929/Indicators_of_Financial_Access_Household_Level_Surveys.pdf.
- Zimmermann, G. E.** (2007): „Wer ist überschuldet und was sind die Ursachen der Überschuldung?“, in *SCHUFA Holding AG* (Hrsg.): *Schuldenkompass 2007. Empirische Indikatoren der privaten Ver- und Überschuldung in Deutschland*, S. 91-116.

Summary

This article deals with the main outcomes of the EU-SILC 2008 special module concerning indebtedness, over-indebtedness and financial exclusion. The incidence of the respective variables for specific socio-economic and socio-demographic groups is compared among the Austrian resident population in order to examine differences in group-specific risks both within the three phenomena and across the three phenomena. Results show that half of the population is indebted, mostly for housing-related credits. The incidence of indebtedness decreases among older people and is greater for high-income groups than for low-income groups. Over-indebtedness can be operationalized through arrears. 9 per cent of the population are over-indebted with one-parent-households, younger people, people with low education and low income, multiple-parent-households with three or more children and Non-EU-citizens bearing an above-average risk of arrears. Financial exclusion refers to limited access to financial services. The data of EU-SILC 2008 show that 2 per cent of the population lives in households in which no current account is available. Moreover, older people, low-income groups and Non-Austrian-citizens have limited access to insurance, credits and bank accounts.